Zeitschrift: Actio: ein Magazin für Lebenshilfe

Herausgeber: Schweizerisches Rotes Kreuz

**Band:** 97 (1988)

**Heft:** 6-7

**Artikel:** "Wir werden weiterhin Druck ausüben" : zur Lage in den besetzten

Gebieten

Autor: Baumann, Bertrand

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-975904

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

**IKRK** 

**IKRK** 

Zur Lage in den besetzten Gebieten

# «Wir werden weiterhin Druck ausüben»

Die massiv gestiegenen Spannungen in Cisjordanien und Gaza sind auch für das seit 1967 in dieser Region tätige IKRK nicht ohne Folgen geblieben. «Actio» sprach mit Michel Amiguet, dem Nahost-Verantwortlichen der Genfer Organisation über die Aktivitäten des IKRK in den besetzten Gebieten.

Interview: Bertrand Baumann

Actio: Kam der Ausbruch der Unruhen in den besetzten Gebieten im vergangenen Dezember für das IKRK überraschend? Musste es seine Tätigkeit in dieser Region neu ausrichten?

Michel Amiguet: Nein, die Verschlechterung der Situation hat uns nicht überrascht. In den 20 Jahren, in denen wir nun in den besetzten Gebieten präsent sind, konnten wir die Entwicklung der Lage aus nächster Nähe mitverfolgen, und mit dem Ausbruch einer Krise war früher oder später zu rechnen. Die Besetzer bemühen sich zwar zweifelsohne, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Gebieten zu verbessern, doch lässt sich das Phänomen einer schleichenden Annexion nicht leugnen. Auf Kosten der Bevölkerung werden systematisch Abhängigkeiten geschaffen, besonders durch das Errichten von administrativen oder sozialen Machtstrukturen, die ausschliesslich von den Besetzern kontrolliert werden und die traditionellen Verwaltungsstrukturen verdrängen. Der voraussehbare Wiederausbruch der Unruhen veranlasste uns schon im vergangenen Jahr, unser Budget zu verdoppeln und unsere Delegation personell erheblich zu verstärken, um grösseren Aufgaben gewachsen zu sein.

#### In welchen Bereichen mussten Sie vor allem reagieren?

Hauptsächlich beim Schutz der Personen, die im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet wurden. Bis zum vergangenen Dezember besuchten wir regelmässig etwa 4000 Gefangene pro Jahr. Seither sind nochmals etwa dazugekommen: sie

werden in acht verschiedenen neuen Hafteinrichtungen hauptsächlich Militärlager festgehalten, das heisst ausserhalb des uns vertrauten klassischen Strafvollzugskreises. Dieser massive Zuwachs an Häftlingen stellt uns natürlich vor Probleme: Unsere Mission besteht ja bekanntlich darin, die Gefangenen zu registrieren, uns zu vergewissern, dass die Haftbedingungen sowohl materiell als auch psychologisch zufriedenstellend sind, für die Zulassung von Verwandtenbesuchen zu sorgen und schliesslich ieden Häftling bis zu seiner Freilassung zu «begleiten». Diese Aufgaben können wir nur erfüllen, indem wir uns immer wieder den Gegebenheiten anpassen, insbesondere den «Bewegungen» der Gefängnisinsassen: Transporte, Verlegungen, vorzeitige Freilassungen. Seit Beginn der Verhaftungswelle haben wir für die Gefangenen schon erhebli-

Auf der anderen Seite haben wir - und das ist der zweite Schwerpunkt unserer Tätigkeit unsere Präsenz vor Ort verstärkt, besonders in den «heissen» Zonen. Auf die Ordnungskräfte hat das mit Sicherheit eine mässigende, ja sogar dissuasive Wirkung. In diesem Zusammenhang muss ich erwähnen, dass man uns in allen Unruhegebieten fast unbeschränkte Bewegungsfreiheit gewährt, was äusserst selten ist. Unsere Anwesenheit gibt ausserdem auch der Bevölkerung das Gefühl grösserer Sicherheit, was ebenfalls viel zur Beruhigung der Lage

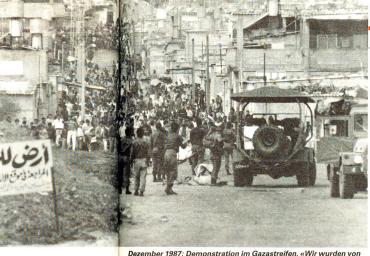
che Verbesserungen erreicht.

Trotz seiner Bemühungen muss das IKRK feststellen, dass die Repressionsverhandlungen zunehmen, vor allem die Ausweisungen und die Zerstörung von Häusern, also Verletzungen des humanitären Völkerrechts.

Das stimmt. Aber gerade weil wir an Ort und Stelle zugegen sind und mit den Ereignissen in direktem Kontakt stehen konnten wir die erwähnten Verstösse - sie haben auch Menschenleben gekostet - überhaunt erst systematisch aufzeigen. Da wir entweder direkte Zeugen waren oder sehr sorgfältige Nachforschungen anstellten, konnten wir den Behörden zu bestimmten Fällen ganz präzise Angaben machen und dadurch auf unsere Verhandlungspartner ständig Druck ausüben. Dieses kompromisslose Vorgehen macht uns ihnen gegenüber auch glaubwürdig. Wir haben ganz allgemein die Anwendung von Waffengewalt verurteilt: wir halten sie für ein unverhältnismässiges Mittel um bei Demonstrationen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Insbesondere haben wir uns gegen die Ausweisung und die Zerstörung von Häusern gewandt, die Ausdruck einer vorsätzlichen Repressionspolitik sind. Bis heute haben unsere Vorstösse nichts gefruchtet, aber wir führen den freien und offenen Dialog mit den israelischen Behörden weiter und werden auch weiterhin Druck ausüben.

Können die Appelle des IKRK zur Einhaltung des 4. Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten angesichts der Tatsache, dass Israel dieses Abkommen lediglich «de facto» aber nicht «de iure» anerkennt, überhaupt je Erfolg haben?

Für uns ist wichtig, dass das 4. Genfer Abkommen tatsächlich angewendet wird. Ob das aufgrund eines formellen oder eines pragmatischen Übereinkommens geschieht, ist zweitrangig. Israel beruft sich darauf, dass die Grenzen für das Gebiet des ehemaligen Palästina nie in irgendeinem inter-



Dezember 1987: Demonstration im Gazastreifen. «Wir wurden von der Verschlechterung der Situation nicht überrascht», sagt Michel Amiguet, IKRK-Verantwortlicher für den Nahen Osten.

nationalen Vertrag festgelegt wurden, somit nicht von einer Besetzung gesprochen werden kann und demgemäss der Schutz der Zivilbevölkerung gar nicht zur Debatte steht. Gestützt auf diese Argumentation, wendet es das 4. Abkommen «de facto» an. Es tut dies allerdings auf eine sehr selektive Art und Weise, die wir schon seit 20 Jahren kritisieren.

Wir sind unsererseits der

Ansicht, dass eine militärische de-facto-Besetzung, wie sie zur Zeit besteht, dem Besetzer Verantwortung auferlegt. Das ist eine klare Haltung, die übrigens auch von der Völkergemeinschaft eingenommen wird. Der UNO-Sicherheitsrat hat in einer Resolution darauf hingewiesen, dass das 4. Genfer Abkommen nicht nur in den besetzten Gebieten anzuwenden ist, sondern auch in Jerusalem und auf den Golanhöhen, also in den Gebieten, die von Israel als «annektiert» bezeichnet werden. Diese Kontroverse wird man nur mit grösseren politischen Entscheiden im Rahmen einer regionalen Konfliktregelung lösen können, die den Rahmen der IKRK-Tätigkeiten spren-

Vor den IKRK-Delegationen in Gaza und Ost-Jerusalem haben Familienangehörige von Häftlingen schon mehrmals Sitzstreiks veranstaltet, und in den Räumen der Jerusalemer Delegation

führten ehemalige Häftlinge sogar Hungerstreiks durch. um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Das IKRK scheint einem unerwarteten Druck von seiten der Opfer, der Bevölkerung der besetzten Gebiete, ausaesetzt. Muss es diesen Druck nicht bisweilen eindämmen, damit es seine Neutralität aufrechterhalten kann?

In Krisen, wie wir sie hier erleben, ist es normal, dass die Bevölkerung, die sich als Opfer einer ungerechten Situation betrachtet, ihren Protest öffentlich kundtut. Und im Falle der besetzten Gebiete

sicht nach mit solchen An-

schuldigungen äusserst vorsichtig sein. Selbstverständlich ist die Anwendung chemischer Waffen etwas, was das IKRK sehr stark beschäftigt. und zwar in allen bewaffneten Konflikten. Im vorliegenden Fall können wir jedoch in bezug auf die besetzten Gebiete nichts dergleichen bestätigen. Hingegen wurden wir, um auf den ersten Teil Ihrer Frage zurückzukommen, auf Fälle aufmerksam gemacht, wo Tränengas in geschlossenen Räumen verwendet wurde, was zu starken Schädigungen vor allem bei schwangeren Frauen führt. Auch hier haben wir bei den Besetzern interveniert und sie auf ihre Verpflichtungen hingewiesen.

uns geht es darum, den Dialog

mit allen Parteien und in erster

Linie mit den Opfern aufrecht-

zuerhalten und dabei immer

wieder auf die Grenzen unse-

Zu den verurteilenswerten

Armee angewendet haben

Organisationen und von der

Presse kritisiert wurden, ge-

Verwendung von Tränengas

Was den zweiten Punkt be-

trifft, so muss man meiner An-

hört die missbräuchliche

und, schlimmer noch, der

Einsatz von chemischen

Kampfstoffen. Sind dem

IKRK solche Ereianisse

bekannt?

soll und die von gewissen

Praktiken, die die israelische

res Auftrags hinzuweisen.

Der Konflikt zwischen Israel und den besetzten Gebieten hat sich in einer sehr leiden-

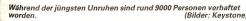
finde ich es verständlich, dass schaftlichen Atmosphäre entwickelt, die durch die sie es gerade bei uns tut, da Medien zusätzlich aufgewir ja seit zwanzig Jahren hier heizt wird. Bis heute hat das sind und uns für die Bevölke-IKRK in Übereinstimmung rung einsetzen. Unser «Firmenname» kennzeichnet uns mit seinem üblichen Vorgehen erst ein einziges Mal öfzudem als Organisation mit infentlich Stellung genomternationaler Reichweite; das men. Glauben Sie nicht, weckt bei den Protestierenden dass zwischen der Bilderdie Hoffnung, dass ihre Botund Artikelflut in den Meschaft mehr Menschen erdien und dem manchmal reicht, wenn sie uns als Kanal verlegenen Schweigen, in benützen. Manchmal vergisst das sich Ihre Institution man die Grenzen, die der huhüllt, ein allzu grosses und manitären Tätigkeit gesetzt sind, und will uns für die Sufür das IKRK letztlich negatives Missverhältnis besteht? che nach politischen Lösungen und für grössere Aktionen einspannen. Jede humanitäre Tätigkeit findet in einem politischen Umfeld statt, und es ist unvermeidlich, dass wir immer wieder mit solchen Situationen konfrontiert werden. Für

Das ist zugegebenermassen ein komplexes Problem, Ich glaube, wir müssen uns vorab nur eine einzige Frage stellen. nämlich, ob die Verbreitung von Informationen unsererseits über die Lage in den besetzten Gebieten dazu beitragen kann, die Situation der Opfer zu verbessern, oder nicht. Ich will damit nicht sagen. dass wir verheimlichen sollten, was wir tun, Ganz im Gegenteil, es ist für uns Ehrensache, alle Fragen der Presse über unsere bisherige und heutige Tätigkeit in der Region zu beantworten. Aber die Presse und das IKRK arbeiten meines Frachtens einfach nicht auf derselben Ebene. Die Informationen in den Medien betreffen meist den Augenblick, das «Hier und jetzt». Wir dagegen sind dazu verurteilt. auf lange Sicht zu arbeiten. Der Versuchung der Medien nachzugeben hiesse, dem einen auf Kosten des anderen den Vorzug zu geben; der Sache der Opfer, denke ich, wäre damit kaum gedient.

Eine Frage zum Schluss: Welche Bilanz ziehen Sie aus der Tätigkeit des IKRK seit Dezember, und wie

sehen Sie die Zukunft?

Ich glaube, man darf sich keinen Illusionen darüber hingeben, wie schlimm die Situation nach wie vor ist, und dass sie sich auch in den kommenden Monaten noch verschlimmern kann. Es ist klar, dass die Krise nur mit einer politischen Lösung überwunden werden kann. Diese zu finden, ist nicht unsere Sache, sondern Sache der Völkergemeinschaft, und bis sie vorliegt, hat das IKRK den Auftrag und die Pflicht, die Opfer zu schützen. Umgekehrt haben diese stets und unter allen Umständen das Recht auf Schutz.





22 ACTIO